

Existenz anerkennen

„Anerkennung als Rechtsperson“ im Fokus des 7. Internationalen Menschenrechte-Symposiums.

VON ECKHART HERBE



Manuel Hofstätter (SJ OÖ), VBgm. Philipp Mascherbauer (OÖ JVP), Sarah Peterseil (Kath. Jugend) und Nadine Penz (Rote Falken OÖ). Fotos: Eckhart Herbe



ORF-Chefreporter Fritz Dittlbacher beeindruckte mit seiner Festrede.

ST. GEORGEN/GUSEN. Unter dem Ehrenschild der Unesco gaben Experten, prominente Gäste, nationale und internationale Besucher jeden Alters und vieler Kulturen beim Symposium der Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen dem Thema Menschenrechte Gesichter und Stimmen. Stell dir vor, du existierst offiziell nicht vor den Behörden und der Justiz deiner Heimat. Hast keine Geburtsurkunde, keinen Reisepass, kannst weder einen Job antreten noch Krankenversicherung oder Bankkonto beantragen. Bist als Frau, wie aktuell in 32 Staaten, nur rechteloses Anhängsel eines männlichen Verwandten oder Ehegatten. Die bemerkenswerten Beiträge bei der von Christine Haiden moderierten Eröffnung des Symposiums im Johann-Gruber-Pfarrheim illustrierten diese täglich millionenfach erlebte Situation eindringlich.

„Das gezielte Löschen der amtlichen Existenz von Menschen ist eine kaum ertragbare Form von Erniedrigung und Psychofolter. Was die Nazis in

der Aktion ‚Nacht und Nebel‘ mit dem Identitätsraub bei Zwangsarbeitern und späteren KZ-Insassen begannen, fand später im Verschwindenlassen Zehntausender während der Militärdiktaturen Chiles und Argentiniens Fortsetzung. Und zeigt aktuell mit den Geiselschleppungen durch die Hamas im Nahostkonflikt den Terror dieser Strategien“, so Guy Dockendorf, Präsident des Mauthausen Komitees, in seiner Grußbotschaft. Was es

„Das gezielte Löschen der amtlichen Existenz von Menschen ist eine kaum ertragbare Form von Erniedrigung und Psychofolter.“

GUY DOCKENDORF

praktisch heißt, staatenlos und jahrelang amtlich nicht existent zu sein, schilderte Silvia Dinhof-Cueto, Tochter eines spanischen Widerstandskämpfers gegen das Franco-Regime und späteren Mauthausener

KZ-Häftlings, der nach seiner Befreiung 1945 in Österreich bleibt und erst zehn Jahre später Staatsbürger werden durfte. „Ich war als sein Kind einige Jahre lang Erbin dieser Situation – meine persönliche Motivation, mich aktiv gegen die ‚Nichtexistenz‘ von Menschen einzusetzen“, so die Obfrau des Gedenkvereins Republikanische Spanier in Österreich.

Demokratie gefährdet

„Eine Vervielfachung der Anstrengungen, jungen Menschen Demokratie zu vermitteln: Das ist zur Sicherung der Menschenrechte unverzichtbar, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler und lokaler Ebene!“ – Darin waren sich Othmar Karas (VP, 1. Vizepräsident EU-Parlament) und EU-Parlamentarier Hannes Heide (SPÖ) mit jungen Talkgästen aus der Politik einig. Sorgen bereitet den EU-Parlamentariern „eine gefährlich niedrige Wahlbeteiligung von

teils nur 50 Prozent in einem Land wie Österreich, und der überschaubare Einsatz heimischer Politik, politische Bildung, Demokratiebewusstsein und Engagement zu fördern.“

Mehrheit der Vernunft

Fritz Dittlbacher, ORF-Chefreporter und stellvertretender Leiter des Innenpolitikressorts, analysierte treffend, warum es gerade in unserer multikomunikativen Zeit so schwer ist, Menschenrechte jedem in gleichem Maß zuzugestehen. „Wer maßgeschneiderte ‚Wahrheiten‘ populistischer Politik einfach konsumierbar vorgesetzt bekommt, wird rasch zum Schwarzweißdenker“, ist Dittlbacher überzeugt. Der Medienprofi bleibt trotzdem optimistisch: „Es gibt sie nach wie vor: die Mehrheit der Vernunft auf einem stabilen, humanitären Wertefundament. Und diese Mehrheit sollten wir alle zusammen mit den Mitteln echter Demokratie stärken!“